

### SZENARIEN

## Die dunkle Macht der Bedrohungen – wie Städte damit umgehen

Pandemien, Cyberangriffe, Kriminalität: Wie bedroht sind unsere Städte? Sicherheitsexperten aus Politik, Polizei und Sicherheitsunternehmen zeigen beim 5. RP-Forum „Sicherheit“ die Gefahren auf. Aber sie diskutieren auch Antworten und Lösungen.

VON JÜRGEN GROSCHE

Stefan Bisanz (consulting plus Sicherheit) bringt in der Diskussion das Grundproblem auf den Punkt: Unabhängig von Statistiken und tatsächlichen Zahlen wachsen die Unsicherheitsgefühle in der Gesellschaft und entwickeln sich damit selbst zur Bedrohung. „Das unterschätzen wir.“ Bisanz verweist auf alltägliche Attacken auf Kommunalpolitiker, Sicherheitskräfte, aber auch Bürger. Bisanz wünscht sich mehr Präsenz von Ordnungskräften.

Welchen Bedrohungen sind denn Städte ausgesetzt? Uwe Gerstenberg (consulting plus Beratung) nennt in seinem Eingangsstatement zu diesem Thema neben der Kriminalität auch Folgen von Extremwetter, Terror- und biologische Angriffe, aber auch Cyberkriminalität und Pandemien. Gerade diese beiden Gefahren zeigen derzeit ihr Gesicht: Das Corona-Virus legt die ganze Welt lahm, ein Internet-Virus die Düsseldorfer Uniklinik.

Gerstenberg bringt Ausfallszenarien der Kritischen Infrastruktur (siehe Stichwort) ins Gespräch: „Sie zeigen, ob Abwehrmaßnahmen ausreichen.“ Gefährlich sei ein blindes Vertrauen, dass diese Strukturen immer gut gesichert seien.

„Wir sollten Krisenszenarien durchspielen“, stimmt Christian Zaum, Beigeordneter für Recht, Ordnung und Wohnen der Stadt Düsseldorf, zu. Er



Sicherheitsexperten diskutieren in der Messe Essen mit NRW-Innenminister Herbert Reul, wie man den verschiedenen Bedrohungen des Lebens in der Stadt begegnen kann.

FOTOS: ALOIS MÜLLER

geht davon aus, dass die Landeshauptstadt „ganz gut aufgestellt“ sei. „Alle beteiligten Player sprechen regelmäßig miteinander.“ Die Zusammenarbeit von Stadt, Polizei, Feuerwehr und anderen Akteuren sei eingespielt.

Ein Dilemma bringt der Düsseldorfer Polizeipräsident Norbert Wesseler auf den Punkt: Der Cyberangriff auf die Uniklinik sei eine Angelegenheit für die Polizei, die hier aber mit Spezialisten zusammenarbeiten muss. Mit diesen nun real werdenden Bedrohungsszenarien müsse sich die Polizei künftig noch mehr befassen.

Die Polizei selbst könne solche Spezialisten nicht vorhalten, gibt Frank Richter, Po-

liceipräsident in Essen, zu bedenken. Sie müsse mit den Experten aus anderen Behörden und Unternehmen zusammenarbeiten. Die wichtigste Frage für die Polizei sei: „Sind wir reaktionsfähig, wenn es zu Schäden kommt?“ Also etwa zu Stromausfällen. „Wir müssen Sicherheit neu denken!“

Das Motto greift Dr. Christian Andreß von der ASW West auf: Die herkömmlichen Strukturen seien nicht auf mögliche Angriffe etwa von ausländischen Nachrichtendiensten auf Kritische Infrastrukturen ausgelegt. „Ohne die Expertise aus der Privatwirtschaft wird das nicht möglich sein“, ist Andreß überzeugt.

Gerstenberg spricht weite-

re Bedrohungsszenarien an. Gegen Terrorangriffe mit Lkw habe man Sperren. Was aber sei, wenn Terroristen Molotowcocktails auf Weihnachtsmarktbesucher werfen? Man müsse für viel mehr solcher Szenarien zumindest Eintrittswahrscheinlichkeiten und mögliche Schadensausmaße prüfen.

„Das tun wir, aber bei einer Berücksichtigung aller Szenarien müssten wir eine Mauer um die Stadt bauen und jeden Besucher kontrollieren“, gibt Richter ein Thema der gesellschaftlichen Akzeptanz zu bedenken. „Wir müssen mit manchen Risiken leben, ohne sie als Möglichkeit auszuschließen.“ Die Risiken zu identifizie-

ren sei aber schon notwendig, entgegnet Andreß und nennt als Vorbild den Risikokatalog der Schweiz. Zudem brauche man hinterlegte Maßnahmen und Klärungen von Zuständigkeiten.

Häufig sorgen weder Terroristen noch Kriminelle für eine gefährliche Bedrohung. Es reiche ein Baggerfahrer, der ein zentrales Stromkabel durchtrennt, sagt Dr. Hans-Ingo Schliwienski vom THW. Er verweist zudem auf die zentrale Bedeutung ehrenamtlicher Mitarbeiter in THW; Feuerwehr und vielen anderen Einrichtungen, ohne die Sicherheit nicht zu gewährleisten sei.

„Wir müssen alle Themen identifizieren und dafür sensibilisieren“, fasst Zaum zusammen. „Viele Menschen kennen keine Krisen“, das Bewusstsein für allgemeine Lebensrisiken nehme ab. „Daher ist es wichtig, dass wir Bedrohungsszenarien erschließen.“

### STICHWORT

#### Kritische Infrastruktur

Dazu zählen Energie- und Wasserversorgung, Transport und Verkehr, Finanz- und Versicherungswesen, Ernährung, Gesundheit sowie Informationstechnik und Telekommunikation, Staat und Verwaltung, aber auch Medien und Kultur.



Wolfgang Straßer



Dr. Hans-Ingo Schliwienski



Dr. Christian Andreß



Uwe Gerstenberg



Stefan Bisanz



Oliver P. Kuhrt



Sabina Großkreuz



Herbert Reul



Norbert Wesseler



Daniel Schleimer



Frank Richter



Christian Zaum



Christian Kromberg



Dr. Stephan Keller



Thomas Kufen



Matthias Körner



Pia Kemper



Benjamin Müller-Driemer

## Die Teilnehmer

### Wolfgang Straßer

@-yet GmbH, Geschäftsführender Gesellschafter

### Dr. Christian Andreß

Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft West e.V. (ASW West) Geschäftsführer

### Dr. Hans-Ingo Schliwienski

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk Landesverband NRW (THW), Landesbeauftragter für NRW

### Uwe Gerstenberg

consulting plus Beratung GmbH, Geschäftsführer

### Stefan Bisanz

consulting plus Sicherheit GmbH, Geschäftsführer

### Oliver P. Kuhrt

MESSE ESSEN GmbH, Geschäftsführer

### Sabina Großkreuz

MESSE ESSEN GmbH, Geschäftsbereichsleiterin Marketing

### Herbert Reul

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Minister

### Norbert Wesseler

Polizeipräsidium Düsseldorf, Präsident

### Frank Richter

Polizeipräsidium Essen, Präsident

### Daniel Schleimer

SECURITAS Services GmbH, Geschäftsführer

### Christian Zaum

Landeshauptstadt Düsseldorf

Beigeordneter für Recht, Ordnung und Wohnen

### Christian Kromberg

Stadt Essen

Beigeordneter für Recht, Sicherheit und Ordnung

### Thomas Kufen

Stadt Essen, Oberbürgermeister

### Dr. Stephan Keller

Stadt Köln, Stadtdirektor

### Pia Kemper

Rheinische Post Forum

Leitung Finanz- und Wirtschafts-Extras

### Matthias Körner

Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH, Geschäftsführer

### Benjamin Müller-Driemer

Rheinische Post Medien GmbH, Leiter Key Account Management

### Moderation

José Macias, Rheinland Presse Service GmbH,

Michael Krons, Phoenix

## Blackout – wenn nichts mehr geht

Stromausfall – klingt harmlos und kommt selten vor. Doch wenn der Saft aus der Steckdose länger ausbleibt, wird es brenzlig. Sicherheitsexperten schlagen Alarm.

VON JÜRGEN GROSCHE

„Ein flächendeckender Stromausfall betrifft alle“, gibt Dr. Christian Andreß von der ASW West beim RP-Forum „Sicherheit“ in seinem Eingangsstatement zu diesem Themenkomplex zu bedenken. Man kann keine Lebensmittel kaufen, kein Geld abheben. Straßenbahnen stehen still – und Busse auch bald, weil es keinen Sprit gibt. Denn Tankstellen brauchen auch Strom.

Gesundheits- und Rettungswesen, Einbruchmelder, Internet, Radio und andere Kommunikationskanäle – nichts funktioniert mehr. „Unsicherheit über Ursachen und Schadensausmaß kann Panik auslösen“, sagt Andreß.

„Für diese Fälle gibt es in vielen Bereichen keine Vorsorge“, weiß Dr. Hans-Ingo Schliwienski vom THW. Selbst wenn Stromaggregate da sind: Haben sie ausreichend Energie? „Wir müssen das Bewusstsein in der Bevölkerung stärken, dass man sich nicht nur auf den Staat verlassen kann, sondern auch selbst vorsorgen muss.“

Der Staat müsse allerdings besser informieren, fordert Uwe Gerstenberg (consulting plus Beratung). Bezogen auf den kürzlichen Warntag mit den Sirenen beklagt der Experte: „Man hat den Bürgern nichts an die Hand gegeben,

was sie in entsprechenden realen Fällen tun können.“ Solche Informationen würden zumindest die Handlungssicherheit erhöhen.

Andreß warnt davor, aus Szenarien abzuleiten, man habe alles im Griff. „Wenn wir noch so viel investieren, sind wir dann sicherer?“ Vor allem müssten Zuständigkeiten geklärt werden, betont Christian Kromberg (Stadt Essen). Als Beispiel nennt er eine Evakuierung: Wer darf die Autobahn dafür freigeben und für andere Autofahrer sperren? In der Praxis funktionieren aber vieles besser als in Szenarien, beruhigt der Sicherheitsdezernent: „Das Wichtigste ist ein Netzwerk von Personen, auf die man sich verlassen kann und die Reaktionen gemeinsam geübt haben.“

Der Essener Polizeipräsident Frank Richter weist darauf hin, dass in der Vergan-

genheit Vorräte zum Beispiel an Kraftstoffen abgebaut wurden, denn Vorratshaltung kostete Geld. „Die Frage stellt sich nun: Wie funktionsfähig sind wir?“ Schliwienski erwähnt in dem Zusammenhang, dass das THW als Bundesbehörde Kapazitäten aus dem gesamten Bundesgebiet zusammenziehen kann. Aber das brauche Zeit. Das THW baue gerade in dem für die Einsätze erforderlichen Umfang eigene Vorräte zum Beispiel bei Kraftstoffen und Lebensmitteln auf.

Der Staat müsse die Öffentlichkeit darüber informieren, was er leisten kann und was nicht, fordert Stefan Bisanz (consulting plus Sicherheit), „damit die Bürger eigenverantwortlich weiter vorsorgen können“. Bisanz befürchtet, dass sich bei einem Blackout nach 36 Stunden bei entsprechender Verknappung von Lebens-

gütern das Recht des Stärkeren durchsetze und Sicherheit und Ordnung zusammenbrechen.

„Das ist ein pessimistisches Szenario, aber leider nicht weit von der Realität entfernt“, meint Dr. Stephan Keller in seiner Funktion als Stadtdirektor in Köln. Zu Beginn der Corona-Zeit habe man ja die Auswirkungen davon erlebt, dass es keine Vorratshaltung mehr gibt. Schutzausrüstungen fehlten. Keller zieht daraus Lehren: „Wir brauchen mehr Vorratshaltung und Krisenbevorratung. Das müssen wir den Bürgern erklären, aber auch, dass dies Geld kostet.“

Wie kann es überhaupt zu großen Blackouts kommen? Wolfgang Straßer (@-yet) nennt die jahrelange Vernachlässigung und Verharmlosung des Themas sowie mangelnde Skills und Gelder für das Thema. Für Angreifer seien die IT-Netze und Systeme viel zu einfach zu knacken – ob in Kliniken, Energieversorgungs- oder anderen Unternehmen. „Das geht heute ganz einfach und standardisiert übers Internet, begleitet oft durch gezielte Phishingmails, auf die leider immer noch viel zu viele Nutzer reinfallen“; Sicherheitslücken würden zudem häufig zu spät oder gar nicht geschlossen. Bleibt also noch viel zu tun, um die Sicherheit zu verbessern.



Matthias Körner, Rheinische Post

## Forum in Pandemiezeiten

(jgr) Zum 5. RP-Forum „Sicherheit“ hatte die Messe Essen in ihre Räumlichkeiten eingeladen. Eigentlich sollten in diesen Tagen Gäste aus aller Welt anlässlich der internationalen Leitmesse „Security Essen“ die Hallen füllen. Wegen Corona fällt sie aus. „Nun haben wir zumindest hier wichtige Vertreter der Branche zu Gast“, freut sich Messechef Oliver P. Kuhrt.

Die Runde, in der die Teilnehmer mit dem nötigen Abstand am Tisch sitzen, zeige, wie sich die Welt verändert habe, sagt Matthias Körner, Geschäftsführer der Rheinische Post Verlagsgesellschaft, zur Begrüßung. Jeder erlebe gerade ein Krisenszenario: „Was früher eher abstrakt war, ist jetzt hautnahe Realität“. In der Krise habe sich aber auch gezeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen privatwirtschaftlichen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen sei.



Sicherheitsexperten diskutieren über Bedrohungsszenarien.



In Fällen wie einem flächendeckenden Blackout wären Vorräte nötig. Daran fehlt es aber häufig, stellen die Experten fest.





Spezialisten in Sachen Sicherheit treffen sich in der Messe Essen, um über Themen zu diskutieren, die die Menschen bewegen: Bedrohungsszenarien und wie ihnen zu begegnen ist.

FOTOS: ALOIS MÜLLER

## ZUSAMMENARBEIT

# Suche nach der richtigen Architektur

Viele müssen mitwirken, um die Menschen in den Städten vor Bedrohungen aller Art zu schützen und sie im Ernstfall zu retten. Wie steht es um die Sicherheits-Architektur? Auch darüber sprechen die Experten beim RP-Forum „Sicherheit“.

VON JÜRGEN GROSCHE

Wie die Sicherheits-Architektur der Stadt aussehen kann, erklärt Christian Kromberg, Beigeordneter für Recht, Sicherheit und Ordnung in Essen, in seinem Eingangsstatement zu der Themenrunde am Beispiel seiner Stadt – und auch, welche weiteren Handlungsoptionen sich anbieten. Dass in der Stadt an der Ruhr die Aufgaben des Katastrophenschutzes in die Feuerwehr integriert wurden, hält Kromberg für nicht ausreichend: „Die Feuerwehr ist für die Bewältigung von Katastrophen unverzichtbar, aber Katastrophenschutz ist eine gesamtstädtische Aufgabe.“

Während der Corona-Pandemie zeige sich zum Beispiel, dass die gesamte Stadtverwaltung gefordert und viele Einrichtungen betroffen seien – von Schulen über Kritische

Infrastrukturen bis zum Sport. Im Krisenstab wirken alle Ämter zusammen, daher sei eine eigene Struktur zur Bewältigung von Krisen sinnvoll. Eine weitere Erkenntnis des Dezernenten: „Wir müssen die Kooperation zwischen den einzelnen Partnern stärken.“ Es sei hilfreich, wenn die Akteure nicht nur die verantwortlichen Personen, sondern auch die unterschiedlichen Kulturen kennen. „Man muss Kommunikation einüben“, außerdem die rechtlichen Zuständigkeiten klären. „Und über den öffentlichen Sektor hinausdenken, den privaten Sektor einbeziehen.“

Beim Thema Sichere Stadt müssten viele Aspekte diskutiert werden, nicht nur Katastrophen, fordert Stefan Bisanz (consulting plus Sicherheit). Dr. Hans-Ingo Schliwienski vom THW bringt zudem auch

die Ehrenamtler ins Spiel, die in vielen Organisationen eine wichtige Rolle spielen.

„Wir müssen an einigen Stellen nachsteuern“, sagt Dr. Stephan Keller, derzeit Stadtdirektor in Köln. Er bezieht sich auf Erfahrungen aus der Pandemie und dem Flüchtlingszustrom. Vor allem die Aufgabenverteilung müsse besser geklärt werden: „Die Strukturen in den Kommunen funktionieren gut. Wir brauchen aber eine neue Verteilung von Aufgaben, die vor Ort oder die zentral zu erledigen sind.“ So sei eine zentrale Unterstützung von der Bundesebene bei der Beschaffung von notwendigen Gütern und Ausrüstungen wünschenswert. „Vor Ort sind dann die entsprechenden Strukturen etwa in der Verteillogistik vorhanden“, sagt Keller.

Uwe Gerstenberg (consulting plus Beratung) weist darauf hin, dass in gravierenden Fällen, etwa bei großen Zerstörungen durch Naturkatastrophen, die Kommunikation nicht mehr möglich sei. Der Sicherheitsexperte hält es daher für notwendig, auch Partner aus der Wirtschaft zu kennen, zum Beispiel aus Bauunternehmen, die schnell eingreifen können.

Dr. Christian Endreß (ASW West) vermisst eine stärkere Nutzung der vorhandenen Strukturen zum Beispiel bei der Steuerung von Ressourcen. Hierfür gibt es ein gemeinsames Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern. „In diese Strukturen und Abstimmungen muss zukünftig die

Privatwirtschaft eingebunden werden.“ Für eine Kooperation von öffentlichen Stellen mit der Privatwirtschaft nennt Endreß ein Beispiel aus Berlin. Dort saßen Vertreter der Kritischen Infrastrukturen mit städtischen Experten an einem Tisch. Eine solche Runde ist zukünftig auch in Essen geplant.

Auch die Expertise der privaten Sicherheitsunternehmen könnte noch mehr in die Sicherheits-Architektur einfließen, regt Daniel Schleimer (Securitas) an. Sicherheits-Dienstleister stünden bei vielen Unternehmen unter Vertrag und können gemeinsam mit diesen ihre Ressourcen in einem Gesamtkonzept passend ausrichten.

Einige Kapazitäten müssten aber wohl massiv ausgebaut werden. Wolfgang Straßer (@-yet) nimmt Bezug auf die Cyber-Großangriffe auf Kritische Infrastruktur. Alle zuständigen Behörden – von Kripo über Landeskriminalämter bis zum BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) seien unterbesetzt. „Es gibt viel zu wenige IT-Sicherheitsfachkräfte, die effizient und kompetent die Sicherheits-Architektur steuern und koordinieren können.“

Man schaffe es ja nicht einmal, eine gemeinsame Leitstelle von Polizei und Feuerwehr zu installieren, ergänzt Essens Polizeipräsident Frank Richter. „Wir müssen insgesamt Sicherheit neu denken.“ Es gibt also noch viel zu tun, die Sicherheits-Architektur zu verbessern.

## „Auf die Zusammenarbeit kommt es an“

NRW-Innenminister Herbert Reul sieht beim Thema Sicherheit alle wichtigen Akteure – Land, Kommune und Sicherheitsunternehmen – als Partner.

VON JÜRGEN GROSCHE

Zum dritten Mal besuchte Herbert Reul das RP-Forum „Sicherheit“. Beim Stichwort Sicherheits-Architektur verweist er auf seine primäre Aufgabe, die Polizei ausreichend für ihre Aufgaben vorzubereiten. Der Staat könne natürlich nicht alles allein stemmen, wichtig sei die Zusammenarbeit aller Akteure. Als Beispiel für eine gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen städtischen und Landessicherheitsbehörden nennt der Minister die Stadt Essen. Vom Streifenendienst bis zur Bekämpfung von Clan-Kriminalität komme es auf eine solche Zusammenarbeit an und darauf, den Sachverstand von allen Seiten einzubringen.

Ordnungsbehörden dürften nicht die „Spardose der städtischen Politik“ sein, mahnt Reul. Großen Nachholbedarf sieht er auch bei der Bekämpfung von Cyber-Kriminalität. Bei Kritischen Infrastrukturen sei die Landesregierung dabei, Aufgaben zu bündeln, was sich aber als „eine der größten und schwierigsten Herausforderungen“ herausstelle. Bei der Bewältigung von Katastrophen sei Zentralisierung der falsche Weg, auch hier komme es auf Zusammenarbeit an. Die habe in der Pandemie funktioniert. Allerdings fehle an vielen Stellen Personal.

In der Diskussion bemängelt Uwe Gerstenberg (consulting plus Beratung), dass eine solche Zusammenarbeit nicht systematisiert sei. „Wir müssen Szenarien entwickeln, um zu sehen, wen man wo braucht.“ Reul verweist auf den Krisenstabsmechanismus des Landes, der sich aber bislang noch nicht beweisen musste. Bei der



Öffentliche und private Sicherheitsdienste können durchaus kooperieren, sagt NRW-Innenminister Herbert Reul.

Katastrophen-Kommunikation sei aber noch „viel Luft nach oben“, räumt der Minister ein: „Das Problem ist erkannt. Wir haben organisatorische Vorbereitungen getroffen.“

Es wäre sinnvoll gewesen, in der Corona-Pandemie den Krisenstab einzusetzen, sagt Christian Zaum, Beigeordneter für Recht, Ordnung und Wohnen in Düsseldorf. Zwar habe das Gesundheitsministerium gute Arbeit gemacht, aber an den Schnittstellen zu den Kommunen habe es gehakt. Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen meint, die Landesregierung sei „gut beraten, ihre Strukturen zu überprüfen“. Während einer Krise baue man keine guten Strukturen auf, die müssten vorher stehen.

In Essen funktioniere die Krisenbewältigung gut, sagt Kufen, ebenso die Bekämpfung der Clan-Kriminalität. „Die beteiligten Akteure arbeiten gut zusammen, es besteht ein Vertrauensverhältnis.“ Die Gesundheitsämter hätten eine Aufwertung erfahren. „Vor allem in einer Krise braucht man Klarheit in der Kommunikation, den Verantwortlichkeiten und den Strukturen“, betont der Kommunalpolitiker.

Auch das Thema Sicherheit auf der Straße diskutieren die Experten mit dem Minister. „Städte und Polizei haben die Aufgabe, für Ordnung zu sorgen“, sagt Reul. „Ich warne davor, dass wir uns davor drücken.“ Während er die öffentliche Sicherheit als Aufgabe von Kommune und Polizei definiert, hätten private Sicherheitsunternehmen die Sicherheit in Geschäften und Veranstaltungen im Blick. Alle könnten aber miteinander reden. Vor allem bei der Lieferung und Anwendung von Sicherheitstechnik komme den privaten Unternehmen ein zunehmend größerer Stellenwert zu.

Die Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsdiensten könne noch verstärkt werden, regt Stefan Bisanz (consulting plus Sicherheit) an. „Es sollte ein Miteinander, kein Nebeneinander sein“. Da sei noch Spielraum, räumt Reul ein. Bei der Ausbildung könnte die Privatwirtschaft von Berufsschulen lernen, die nicht nur für den öffentlichen Dienst ausbilden müssten. Man könne hier zusätzliche Klassen einrichten, damit genügend Absolventen auch für die Wirtschaft bereitstehen.



Was gehört zu einer funktionsfähigen Sicherheits-Architektur? Das war eines der Themen in der Expertenrunde.



Die Sicherheitsexperten haben beim RP-Forum „Sicherheit“ viele Fragen an NRW-Innenminister Herbert Reul – und ein konkretes Angebot: In einem Whitepaper zeigen die Spezialisten für Sicherheit Möglichkeiten auf, wie private Sicherheitsdienstleister die öffentliche Hand entlasten können. Konkret geht es um die Begleitung von Großraum- und Schwertransportern. Dazu müssten noch einige rechtliche Punkte geklärt werden. Bislang müsse die Kommune bei solchen Transporten alles planen, zum Beispiel notwendige Absperrrungen, was genauso gut Privatunternehmen übernehmen könnten, erklärt Christian Kromberg, Sicherheitsdezernent der Stadt Essen (Zweiter von links), bei der Übergabe des Whitepapers an den Minister (Dritter von links), begleitet von Daniel Schleimer (Securitas, links) und Stefan Bisanz (consulting plus Sicherheit, rechts).

Anzeige



www.consulting-plus.de



www.securitas.de



www.security-essen.de



www.add-yet.de



www.isn-technologies.com